

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 197-2015
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.771

Eingereicht am: 12.08.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Brand (Münchenbuchsee, SVP) (Sprecher/in)
Hebeisen-Christen (Münchenbuchsee, SVP)
Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 09.09.2015

RRB-Nr.: vom
Direktion: Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Arbeitsplätze erhalten und wirtschaftliche Entwicklung im Kanton Bern ermöglichen

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. die Voraussetzungen zu schaffen, damit die für die Erweiterung des Betriebs der Migros Aare in Moosseedorf erforderliche Fläche von ca. 12 000 m² eingezont werden kann
2. weiterhin beim UVEK und beim Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) zu intervenieren, damit diese dem Kanton Bern die für eine sinnvolle wirtschaftliche Weiterentwicklung erforderliche Vergrösserung der Bauzonen zugestehen
3. Lösungen zur inneren Verdichtung des Siedlungsgebiets aufzuzeigen, wenn die betroffenen, einzuzonenden Landflächen noch in der Bauernhof- oder in der Landwirtschaftszone liegen

Begründung:

Heute besteht im Kanton Bern faktisch ein Einzonungsmoratorium, d. h. bis zur Genehmigung des neuen Richtplans durch den Bund kann im Kanton Bern kein Quadratmeter eingezont werden, ohne dass andernorts eine entsprechende Landfläche ausgezont wird. Das Bundesamt für Raumentwicklung hat nun angedroht, den neuen Richtplan des Kantons nicht zu genehmigen, wenn die Annahmen des Regierungsrats zum Bevölkerungswachstum nicht nach unten korrigiert

werden. Diese Tatsachen schränken die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons in ungerechtfertigter Art und Weise ein. Verunmöglicht werden so Projekte, die dem Gewerbe, der Industrie oder auch dem Wohnen dienen können.

In Moosseedorf plant die Genossenschaft Migros Aare die Erweiterung ihres Logistikbereichs. Dies bedingt die Einzonung einer Fläche von ca. 12 000 m² zwischen der Autobahn und dem Siedlungsgebiet von Moosseedorf. Sollten die Voraussetzungen zur Realisation des Projekts nicht bis Ende Jahr geschaffen sein, droht der Wegzug von 1000 Arbeitsplätzen aus der Region Moosseedorf/Urtenen-Schönbühl in einen anderen Kanton. Die Einzonung ist im Augenblick wegen der restriktiven Haltung des Bundes blockiert. Der Regierungsrat wird beauftragt, raschmöglichst eine Lösung zu suchen, damit dieser Wegzug verhindert werden kann.

Der Kanton hat vor allem aber auch als Wohnkanton Nachholbedarf. Täglich pendeln 65 000 Personen mit Wohnsitz in anderen Kantonen zum Arbeiten in unseren Kanton. Das bringt nicht nur ökologische, sondern auch wirtschaftliche und finanzielle Nachteile für den Kanton.

Der Kanton hat seine Hausaufgaben in der Raumplanung bisher immer gemacht. Der neue Richtplan muss es dem Kanton ermöglichen, sich weiterzuentwickeln. Dazu ist zwingend erforderlich, dass eine sinnvolle Vergrösserung der Bauzonen möglich ist. Der Regierungsrat muss deshalb seine Interventionen beim Bund weiterführen und sich mit allen Mitteln für eine Genehmigung des Richtplans und damit für eine wirtschaftliche Entwicklung des Kantons einsetzen.

Verschiedene Beispiele, gerade auch in Agglomerationsgemeinden, zeigen die Widersprüchlichkeit der Argumentation des Bundes. Einerseits wird – richtigerweise – eine Siedlungsentwicklung nach innen verlangt, andererseits verunmöglicht das Einzonungsmoratorium die Umzonung von mitten im Siedlungsgebiet liegenden Bauernhof- oder Landwirtschaftszonen in Bauzonen. Hier wird der Regierungsrat gebeten, Lösungen aufzuzeigen. Dabei ist auch aufzuzeigen, wie verhindert werden kann, dass Projekte dann von den Organen des Denkmal- und Ortsbildschutzes verhindert werden.

Begründung der Dringlichkeit verlangt: Für das Projekt der Migros Aare muss dringend eine Lösung gefunden werden, damit der Kanton Bern nicht wieder 1000 Arbeitsplätze verliert.

Verteiler

- Alle Direktionen
- Grosser Rat